

**Den Aufschwung stärken:  
Wir machen Deutschland erfolgreich.**

**Bremer Erklärung der CDU Deutschlands  
vom 13. Januar 2007**

**Besser für die Menschen.**



**CDU**

## **Bremer Erklärung der CDU Deutschlands vom 13. Januar 2007**

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat anlässlich seiner Klausursitzung am 12. und 13. Januar 2007 in Bremen folgenden Beschluss gefasst:

### **Den Aufschwung stärken. Wir machen Deutschland erfolgreich.**

#### **I. Die Richtung stimmt**

Mit neu gewonnener Zuversicht gehen die Menschen in das Jahr 2007, denn sie spüren, dass sich Deutschland wandelt. Die Arbeitslosigkeit ist im letzten Jahr um 600 000 zurückgegangen, wir haben heute fast 400 000 mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit auch im kommenden Jahr weiter abzubauen, steht im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Die Reformen der unionsgeführten Bundesregierung haben einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent im Jahr 2006 geleistet. Die Wachstumsdynamik hat sich damit gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht. Es ist die stärkste wirtschaftliche Belebung seit dem Jahr 2000. Immer weniger Unternehmer müssen aufgeben, es werden neue Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen gegründet.

Es zeigt sich: Die Reformen lohnen sich. Die Richtung stimmt. Wir kommen unserem Ziel, bis zum Jahr 2015 unter die Gruppe der drei führenden Staaten Europas bei Beschäftigung, Innovation und Wachstum zurückzukehren, immer näher. Wir wollen Deutschland auf diesem Weg weiter voranbringen, indem wir insbesondere acht Aufgaben intensiv verfolgen:

1. Bereits in diesem Jahr wird die **Neuverschuldung des Bundes** so niedrig sein wie seit der Deutschen Einheit nicht mehr. Wir halten die Maastricht-Kriterien ein und haben einen verfassungsgemäßen Haushalt aufgestellt, ohne dass dabei Ausnahmeregelungen in Anspruch genommen werden mussten. Wir setzen den Kurs der Haushaltskonsolidierung fort, damit Politik wieder an Gestaltungskraft gewinnt und die Zukunft unser Kinder und Enkel neue Perspektiven erhält.
2. Der Bundesparteitag in Dresden hat mit seinen Beschlüssen die Grundentscheidungen für die Fortsetzung unserer Arbeitsmarktpolitik getroffen. Dazu zählen die gesetzliche Absicherung der betrieblichen Bündnisse für Arbeit, die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes und die

Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für diejenigen, die länger eingezahlt haben. Schritt für Schritt wollen wir sie alle umsetzen, um die Voraussetzungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verbessern. Darüber hinaus wollen wir:

- **Wir brauchen bessere Arbeitsanreize.** Auch bei geringen Löhnen muss es sich für Arbeitsuchende lohnen, eine Beschäftigung aufzunehmen. Wenn man arbeitet, muss man mehr haben, als wenn man nicht arbeitet. Dazu müssen die Lohnzusatzkosten weiter gesenkt werden. Damit werden die Einstellungschancen weiter erhöht. Vor allem in der Arbeitslosenversicherung können sich weitere Spielräume ergeben. Ein Beitrag zur **Arbeitslosenversicherung von unter 4 Prozent** ist machbar, wenn die Reformen der Bundesregierung weiter greifen und die Effizienz der Arbeitsmarktinstrumente weiter verbessert wird. Ein Prozent weniger Lohnzusatzkosten schaffen bis zu 100 000 neue Stellen. Diese Chance wollen wir nutzen.
- Wir wollen durch ein **Kombilohn-Modell** gezielt Arbeitssuchende und Unternehmer, die langzeitarbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren und älteren Arbeitslosen über 50 Jahren neue Chancen bieten, unterstützen. Eine flächendeckende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes lehnen wir dagegen ab. Mit unserem Kombilohn-Modell senken wir die Arbeitskosten für die Unternehmen und verbessern die Einkommen für die Arbeitnehmer. Das ist der richtige Weg, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für die Langzeitarbeitslosen spürbar zu verbessern. Unser Ziel ist es, dass spätestens **2010 kein Jugendlicher mehr von Langzeitarbeitslosigkeit** betroffen ist und die Beschäftigungsquote der über 50-jährigen Arbeitnehmer deutlich steigt.
- Die Chancen von Jugendlichen, einen Ausbildungsplatz und einen Arbeitsplatz zu finden, hängen entscheidend vom Schulabschluss und den erworbenen Qualifikationen ab. Auch angesichts der demografischen Entwicklung benötigen wir in der Zukunft eine große Zahl gut qualifizierter junger Arbeitnehmer. Deswegen wollen wir die **Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss in den nächsten fünf Jahren halbieren**. Dazu wollen wir mit den Ländern eine Offensive für den Bildungsaufstieg ins Leben rufen. Zudem müssen die Schüler stärker zu den technischen Fächern hingeführt werden.
- Wir brauchen endlich ein **verständliches Arbeitsgesetzbuch**, das Beschäftigung fördert. Jeder Beschäftigte muss auf den ersten Blick erkennen können, welche Rechte und welche Pflichten er hat. Jeder Unternehmer – vor allem im Mittelstand – muss wissen, was bei einer Neueinstellung auf ihn zukommt. Deshalb unterstützen wir die Initiative der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion für ein einheitliches Arbeitsvertragsgesetzbuch mit Nachdruck.

- Wir werden alle **Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik** auf den Prüfstand stellen. Das, was sich als wirksam erweist und zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit oder zur Beschäftigung führt, wird fortgesetzt. Das, was unwirksam und ineffizient ist, wird abgeschafft. Deshalb sollen die unübersichtlichen und teilweise ebenso wirkungslosen wie teuren rd. 80 Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik konsequent zusammengefasst werden. Die **Reduzierung auf 5-10 Arbeitsmarkt-Instrumente** ist sinnvoll und möglich. Die Bundesagentur für Arbeit hat bereits in den vergangenen Jahren erfolgreich die Neuorganisation ihrer Arbeit vorangetrieben. Wir unterstützen die Bundesagentur bei ihrem Ziel, zu einem noch effizienteren Dienstleister zu werden.
3. Die Teilhabe von Arbeitnehmern an Gewinn und Kapital von Unternehmen ist eine Antwort auf die veränderten Arbeitsbedingungen in der globalisierten Welt. Dieser **Investivlohn kann Arbeitsplätze sicherer machen**, weil er die Identifikation zwischen Unternehmen und Mitarbeitern erhöht. Die Mitarbeiterbeteiligung ist zudem ein wichtiges zusätzliches Instrument der Verteilungsgerechtigkeit und der Altersvorsorge, weil die Bildung von privatem Eigentum gefördert wird. Mit dem Beschluss für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital in Dresden haben wir die Grundzüge unseres Vorschlages zum Investivlohn beschrieben. Unser zentraler Ansatz zur Förderung dieser Form der Arbeitnehmerbeteiligung ist die nachgelagerte Besteuerung. Eine gemeinsame **Arbeitsgruppe von CDU und CSU, geleitet von Karl-Josef Laumann und Erwin Huber**, wird bis zum Frühjahr konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung des Investivlohns vorlegen.
  4. Unsere Sozialversicherungen werden auf eine zukunftsfeste Grundlage gestellt. Die „Rente mit 67“ gibt die richtige Antwort auf die Auswirkungen, welche die erfreuliche Entwicklung der Lebenserwartung in unserer Gesellschaft nach sich zieht. Mit der Gesundheitsreform sind die Weichen für mehr Wettbewerb und mehr Transparenz gestellt worden. Mit der Entkopplung der Arbeits- und Gesundheitskosten durch die Fixierung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge ist ein wichtiger Schritt zur weiteren Entlastung der Lohnzusatzkosten gegangen worden. Nach der Verabschiedung der Gesundheitsreform werden wir in diesem Jahr auch die **Pflegeversicherung** neu strukturieren. Von einem reinen Umlagesystem wollen wir auf die Einführung von solidarischen Prämielementen übergehen. Durch dieses Vorhaben werden die Sozialversicherungsbeiträge langfristig weiter stabilisiert. Wir halten an unserem Ziel fest, die **Lohnzusatzkosten insgesamt unter 40 Prozent zu senken**. Der Arbeitgeberbeitrag liegt heute schon unter 20 Prozent.

5. Die **Reform der Unternehmensteuer** stärkt den Standort Deutschland: Internationale Unternehmen finden verbesserte Rahmenbedingungen, um in unserem Land zu investieren. Darüber hinaus wird die neue Unternehmensteuer vor allem dem Mittelstand, der das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist, mehr Freiheit durch mehr Steuergerechtigkeit bringen. Dies stärkt die Investitions- und Eigenkapitalquote kleinerer und mittlerer Unternehmen, da sie von den neuen und höheren Steuerfreigrenzen und –freibeträgen profitieren. Die Novellierung des **Unternehmensbeteiligungsgesetzes** wollen wir weiter vorantreiben, um insbesondere jungen Unternehmen den Zugang zu Chancenkapital zu erleichtern.
6. Wir werden die **Reform der Erbschaftsteuer** umsetzen, bei der es uns um den Erhalt und die Sicherung der mittelständischen Unternehmen und deren Arbeitsplätze geht. Die Erbschaftsteuer soll deswegen ganz entfallen, wenn der Generationenwechsel gelingt und der Betrieb mindestens 10 Jahre fortgeführt wird. Diese Regelung soll rückwirkend ab dem Beginn des Jahres 2007 gelten.
7. Die Föderalismusreform hat für eine klare Zuordnung der Verantwortung zwischen Bund und Ländern gesorgt und sie hat kleine Einheiten gestärkt. Wir nehmen jetzt die **Föderalismusreform II** in Angriff, um auch eine Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden herbeizuführen.
8. Deutschland ist das Land der Ideen. Da wir einen Kostenwettbewerb nicht gewinnen können, müssen wir besser und schneller sein als andere, um mit neuen Ideen Zukunftsmärkte zu erobern. Wettbewerbsvorteile und damit Wachstumschancen lassen sich nur durch Innovationen erschließen - mit neuen Produkten und Dienstleistungen. Mit der **Hightech-Strategie** für Deutschland wurde erstmals über alle Ressorts hinweg eine nationale Strategie auf den Weg gebracht, um Deutschland wieder an die Spitze der wichtigsten Zukunftsmärkte zu führen. Zur Stärkung der Innovationskraft unterstützen wir die Bundesregierung, die bis 2009 insgesamt rd. 15 Milliarden Euro für Spitzentechnologien und technologieübergreifende Querschnittsmaßnahmen bereitstellt. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung des Ziels geleistet, den Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt bis 2010 auf drei Prozent zu steigern, wie es dem **Lissabon-Ziel** der EU entspricht.

## II. Die Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt neu gestalten

Die CDU Deutschlands ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Wir haben von Ludwig Erhard gelernt, dass nur ein handlungsfähiger Staat in der Lage ist, die Ordnung des Wettbewerbs und damit die Entfaltung der Sozialen Marktwirtschaft mit ihren positiven Wirkungen zu gewährleisten. In der globalisierten Welt entzieht sich die Wirtschaft zunehmend dieser Ordnungsfunktion des Nationalstaates. Wirtschaftsunternehmen planen weltweit, das Kapital wandert zu den höchsten Renditemöglichkeiten. Soziale und ethische Gesichtspunkte stehen oft dahinter zurück.

Die Dynamik dieser Entwicklung kann mit den Umwälzungen vom Agrar- zum Industriestaat vor 200 Jahren verglichen werden. Im 19./20. Jahrhundert ging es in der **Sozialen Frage** um den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Heute müssen wir die Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt neu gestalten. Das wirft neue Fragen auf: Wie können wir einen Rahmen für den multilateralen Handel schaffen? Gelingt es uns dabei, soziale und ökologische Ziele zu beachten, die Entwicklungsländer zu stärken und unser geistiges Eigentum zu schützen? Und wie können wir erreichen, dass globale Kapitalströme und die global tätigen Unternehmen nicht langfristig verantwortungslos Ziele verfolgen? Wie werden wir erreichen, das Klima zu schützen und gleichzeitig für einen gerechten Zugang zur Energie zu sorgen?

Um diese entscheidenden Fragen des 21. Jahrhunderts zu beantworten, werden wir in diesem Jahr die Diskussion in unserer Partei weiter führen und nach Lösungen suchen:

1. Eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Die Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt neu gestalten“ wird im Jahr 2007 den Fragen nachgehen, wie den globalen Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft effektiv entgegengetreten werden kann, welche Maßnahmen zu einer Verbesserung der Stabilität und Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte dienen können und wie die Voraussetzungen für weltweite, faire Handels- und Investitionsbedingungen und die soziale Dimension der Globalisierung geschaffen werden können.
2. Wir richten die neue **Kommission „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“** ein, deren **Leitung der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust**, übernehmen wird. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung sind Kernanliegen unserer Politik. Die gegenwärtige Generation darf ihr Wohlergehen nicht auf Kosten nachfolgender Generationen realisieren. Die CDU bekennt sich zum Leitbild der Nachhaltigen

Entwicklung, die den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz von Natur und Umwelt in Einklang bringt. Der Schutz des Klimas ist eine der größten Herausforderungen der Politik im 21. Jahrhundert. Wir wollen unsere Doppelstrategie, die die globalen Aufgaben des Klimaschutzes mit einer „Klimaallianz“ für Deutschland verbindet, weiter entwickeln. Dazu gehört eine effektive Energiepolitik, die durch die Verringerung der Treibhausgase die Klimaentwicklung entlastet und die natürlichen Ressourcen schont. Wir haben in den letzten 20 Jahren große Fortschritte beim Schutz der Umwelt gemacht, aber wir müssen noch weiter voranschreiten, um die Lebensqualität der Menschen in unserem Land zu erhöhen. Es gilt, negative Umwelteinflüsse wie bspw. Schadstoffe in der Luft, in Produkten oder in der Nahrung so weit wie möglich zu minimieren. Der Schutz der Verbraucher vor schädlichen Umwelteinflüssen entspricht unserem christlichen und Werte bewahrenden Grundverständnis. In der zweiten Jahreshälfte 2007 wird ein Kongress die Kommissionsthemen aufgreifen und im Jahr 2008 legt die Kommission die Ergebnisse ihrer Arbeit vor.

### **III. Die Stellung der CDU als stärkste politische Kraft ausbauen**

Die Union stellt 11 von 16 Ministerpräsidenten, sie ist in 14 von 16 Landesregierungen vertreten. Sie ist die stärkste politische Kraft in Deutschland. Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Der Wechsel zu CDU-Regierungen lohnt sich immer.

Seit die CDU 1995 **Regierungsverantwortung in Bremen** übernommen hat, geht es aufwärts. Es herrscht Aufbruchstimmung. Diese Erfolge haben ihre Ursache vor allem im konsequenten Umsteuern in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Auch bei der Inneren Sicherheit kann die CDU erfolgreich Bilanz ziehen. Bremen ist seit Beginn der Großen Koalition sicherer geworden. Das sind beeindruckende Erfolge der harten Arbeit von Innensenator Thomas Röwekamp.

Die CDU wird bei der anstehenden Bürgerschaftswahl alles daran setzen, diesen Erfolgsweg fortzusetzen. Gemeinsam mit den Bremerinnen und Bremern will sie die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit des Senats. Einen Kurswechsel wird es mit der CDU nicht geben. Bremen braucht in den nächsten vier Jahren eine starke und handlungsfähige Regierung. Als Garant für die erfolgreiche Politik des Senats strebt die CDU an, stärkste politische Kraft in Bremen zu sein. Wir werden mit ganzer Kraft unsere Freunde in Bremen im Wahlkampf unterstützen. Wir wollen, dass Bürgermeister Thomas Röwekamp Präsident des Senates der Freien Hansestadt Bremen wird.

Unser Blick geht aber auch schon weiter nach **Hamburg, Hessen und Niedersachsen** –drei Landtagswahlkämpfe, die gleich zu Beginn des Jahres 2008 folgen werden. Ole von Beust, Roland Koch und Christian Wulff haben in den letzten Jahren sehr erfolgreich für die Menschen in ihren Ländern gearbeitet. Wir werden uns intensiv auf diese Wahlauseinandersetzungen vorbereiten und uns mit unserer ganzen Kraft dafür einsetzen, dass die Regierungschefs in ihrem Amt bestätigt werden.